

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Haasenstein & Vogler, C. L. Daube,
Invalidenbank, Berlin. Bernh. Arndt, M. G. Lammann,
Eberfeld. W. Thienes, Greiswald & Co. J. Hies, Halle a. S.
Jul. Bartsch & Co. Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 6. Juni. In der Beurteilung des Gesetzentwurfs über staatsliche Ehrengerichte für Verzele stellt sich die Verzelekommission für Polen zu allen anderen Kammer in Gegensatz. Alle haben sich im Prinzip für den Gesetzentwurf ausgesprochen. Die Verzelekommission für Polen hingegen weiß den Entwurf zurück. Sie einigte sich bei der Beratung des Entwurfs zu folgenden Urtheile: 1. Die Kammer hält, unter Aufrechterhaltung ihrer Befugnisse vom 16. Mai 1892 und 24. Januar 1894, den vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die staatslichen Ehrengerichte für entbehrlich und die Beibehaltung des § 5 der Kammerordnung vom 25. Mai 1887 für zweckmäßig. Jedoch ist die Ergänzung des letzteren durch das bereits gewährte Recht zur Veröffentlichung sowie durch die jetzt dargebotenen Strafmittel der Verwarnung und des Verweises erforderlich. Dem letzten Absatz des § 5 bitten wir folgende Fassung zu geben: „Die Strafmittel finden keine Anwendung auf die Beamten und die den Militärbehörden unterstellenden Verzele. Kommen in Bezug auf sie strafwürdige Thatfachen zur Kenntniss des Vorstandes, so hat dieser ihrer vorgelegten Dienstbeurtheilung Theilnahme zu machen und wird alsdann von derselben über das weitere Veranlassen benachrichtigt.“ 2. Die Begriffe sind dankbar, daß den Kammer ein gesetzliches Umlagerecht eingeräumt werden soll, und erwartet hier von einer Stärkung des Standesbewußtseins und eine segensreiche Förderung des staatsbürgerlichen Bewusstseins. 3. Dem Herrn Minister ist von der grundsätzlichen Ablehnung des Gesetzentwurfs betreffend die Ehrengerichte in einer Denkschrift Mittheilung zu machen. Falls jedoch die Staatsregierung auf die Vorlegung beharrt, erscheinen der Kammer eine Anzahl Änderungen unentbehrlich.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung einem Auswahlantrag betr. die Abänderung des Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungs-Einfachgesetzes für das Großherzogthum Baden die Zustimmung erteilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen ein Antrag Preußens betr. Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit, die Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1896/97 und einer Verordnung über die Kautions des Kandidaten der Büreauklasse beim Reichsversicherungsamt, eine Vorlage betr. die Ausprägung von Kronen, sowie die Beschlüsse des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen zu dem Gesetzentwurf über die Wahlen der Mitglieder der Bezirksvertretungen und der Kreisvertretungen, zu der allgemeinen Rechnung über den Elsaß-Lothringischen Landeshaushalt für 1891/92 und zu der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Elsaß-Lothringischen Landesverwaltung für 1894/95. Von der vom Reichstagspräsidenten mitgetheilten Wahl eines Mitgliedes des Reichstags zur Reichsjustiz-Kommission wurde Kenntniss genommen, ferner über den wegen Bezeichnung einer Rathskammer beim Reichsgericht Sr. Majestät dem Kaiser zu machenden Vorschlag und eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Im Kultusministerium ist man schon jetzt, wie die „Volks-Ztg.“ berichtet, damit beschäftigt, das geachtete Lehrerbesoldungsgesetz umzuwandeln. Regierungsschritte ist bekanntlich erklärt worden, daß ein solches Gesetz auf neue dem Landtage vorgelegt und daß dieser zur Beratung desselben bereits im Herbst einberufen werden solle. Im Großen und Ganzen wird die neue Vorlage sich wesentlich an den alten Entwurf anschließen, im Einzelnen indeß wird die Regierung mehrfache Veränderungen vornehmen, um mit dieser Vorlage einigermaßen Aussicht auf Erfolg zu haben. Das wird voraussichtlich vor allen Dingen geschehen da, wo es sich um die Staatsbeiträge an die größeren Städte handelt. Das Wenigste, was man hier wird zugehen müssen, ist, den Städten diejenigen Summen zu belassen, die sie bisher erhalten und auf die sie ihre Schulcassas eingerichtet haben. Dazu scheint man sich seitens der Staatsregierung jetzt auch einverstanden zu wollen. Das genannte Blatt glaubt versichern zu dürfen, daß der Finanzminister sich dazu schon jetzt hätte bereit finden lassen, hätte er vorausgesetzt, daß die Sache so laufen würde, wie sie schließlich im Herrenhause gelautet ist. Anders liege es bei der Frage der Alterszulagen. Auf diese lege man seitens des Kultusministeriums den allergrößten Werth, einmal, weil dieselben nach der dort herrschenden Ueberzeugung in mehr als einer Beziehung allerlei Vortheile gegen die jetzigen Verhältnisse bieten und namentlich auch den Lehrern derart zu Gute kommen, daß die Einrichtung gerade dieser Klassen von dem allergrößten Interesse für sie ist. Sodann aber hält man daran auch deshalb fest, weil man die seitens der Städte laut gewordenen Befürchtungen wegen weiterer Mehrbelastung gegenüber dem flachen Lande für unbegründet erklärt. Wenn die Städte aus Anlaß ihrer Erhebungen bei den Alterszulagen solche Befürchtungen hegen, so sei das allerdings sehr natürlich, bei den Alterszulagen würde sich aber das Verhältniß — so behauptet man regierungsschweigend — in der That nicht derart zu Ungunsten der betreffenden Städte herausstellen, wie diese glauben, ganz abgesehen davon, daß auch bei den Alterszulagen die große Mehrzahl der Städte keineswegs so großen Schaden nehme, wie es für viele den Anschein habe. Jedenfalls wird also auch der neue revidirte Entwurf an den Alterszulagen festhalten. Ob außer Berlin noch eine größere Anzahl von Städten, wie diese es wünschen, von jenen Klassen ausgeschlossen bleiben wird, darüber stehe die definitive Entscheidung noch aus.

Die deutschen Kriegsschiffe „Prinzess Wilhelm“ und „Albis“ sind gestern in Glatman bei Namjing angekommen.

Ueber einen Konflikt zwischen dem hiesigen Vertreter eines englischen Hauses und einem Telegraphen-Beamten in Dienst, wovon in hiesigen Blättern die Rede ist, erklärt das „B. Z.“ wie folgt eine authentische Darstellung geben zu können: „An dem fraglichen Abend habe der englische Korrespondent Herr Balford, Vertreter des „Daily Telegraph“, wie er dies seit Jahren zu thun pflegte, mehrere größere und einige Telegramme aufzuliefern gehabt. Die Wortzahl der

Telegramme wird in solchen Fällen von dem Zeitungs-Korrespondenten selbst gezählt, ohne daß eine sofortige Nachzahlung seitens der Beamten am Schalter erfolgt. Nachdem Herr Balford nun das eine Telegramm aufzuliefern hatte, um das zweite Telegramm auszufragen, bemerkte er ganz entgegen den erwähnten Gepflogenheiten, daß der betreffende Beamte das erste Telegramm nicht nur langsam nachzählte, sondern daß er es auch, nachdem er es gezählt hatte, längere Zeit liegen ließ und zwar so lange, bis Balford sein zweites Telegramm aufzuliefern. Herr Balford machte dem Beamten darüber Vorhaltungen, und als dieser ihn zurückwies, kam es zu einem kurzen, aber erregten Aufruf, der, wie auch Herr Balford zugibt, sehr leicht von beiden Seiten hätte vermieden werden können. Der Beamte erteilte bei seinen Vorgesetzten Anzeige und that gleichzeitig Schritte, um eine Klage wegen Beamteneinwirkung gegen Balford einzulegen. Herr Balford seinerseits unterließ nichts, um den Vorfall, den er lebhaft bedauerte, zu klären. Er brachte seine Entschuldigungen nicht nur Staatssekretär Stephan und Telegraphen-Direktor Ehlers vor, sondern er entschuldigte sich auch bei dem betreffenden Beamten selbst. Unwahr ist es, daß Herr Balford eine Summe von 500 Mark angeboten hat. Dagegen ist ihm nahegelegt worden, eine Buße für den Pensionsfonds der Postkasse zu erlegen und die Kosten der in der Angelegenheit statgehabten Vernehmungen zu tragen, was Herr Balford auch sofort that, während der betreffende Beamte seinerseits sich bereit erklärte, von einem Straf-Abschlag Abstand zu nehmen. Ganz entschieden stellt Herr Balford in Abrede, den Beamten Thatsächlich beleidigt zu haben, da er weder einen Stoß noch irgend ein Instrument, das er dem Beamten gegenüber drohend geschwungen haben könnte, bei sich getragen habe. Der Beamte ist inzwischen von der Telegraphen-Anstalt in eine andere Abtheilung des Haupttelegraphenamts verlegt worden. Das Verhalten des englischen Berichters erscheint danach keineswegs einwandfrei, wenigstens es nach Späßen mit Kanonen schießen hieße, wollte man, wie dies mehrfach geschehen, aus diesem Anlaß gleich das große Register der nationalen Enttäuschung ziehen. Herr Balford wird sich die Sache schließlich zur Warnung dienen lassen, und der betreffende Beamte wird kaum mehr in die Lage kommen, im Schalterdienst Unannehmlichkeiten zu erleben.“

Das Verhalten des Propheten Szabynski in Wlaskisch bei Jaroschin in der dortigen Volksschule hat in Polen eine berechtigete Aufregung, namentlich unter der deutschen katholischen Bevölkerung hervorgerufen, als die Nachricht kam, daß der Lehrer, welcher mannhaft dem ausmachenden Auftreten des Propheten Widerstand geleistet hatte, verlegt worden sei und von einer Maßregelung des polnischen Fanatismus im Priesterrock nichts verlautete. Wie der „Nat.-Ztg.“ nun ein Telegramm aus Polen meldet, wird seitens der Regierung in Polen im „Posener Tageblatt“ zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß die Verlegung des Lehrers lediglich auf dessen Wunsch und noch ohne Kenntniss des Vorgesetzten seitens der Deputierten verfügt worden sei. Nach Untersuchung der Sache habe die Regierung dem Probst alsbald die Leitung des Religionsunterrichts entzogen, ferner habe die Regierung vom erzdiöcesanlichen Konfessorium die Mittheilung erhalten, daß der Probst auf eine andere Pfarre verlegt worden sei. Die Regierung habe ihm auch für dort die Ertheilung des Religionsunterrichts unterlag.

Österreich-Ungarn.

Wien, 5. Juni. Der Steuerantrag des Reichsfinanzministers Dr. von Mikulski erklärte, er stehe auf dem Standpunkte, daß es sich in dem vorliegenden Falle um ein Gesetz handle, das beruhen sei, eine wichtige Ausfuhr zu schützen, das aber nur ein Jahr dauern solle, weil Förmung vorhanden sei, daß auf diplomatischem Wege die Abschaffung der Ausfuhrzölle herbeigeführt werde. Da die Angelegenheit dringend sei und die Verhandlung mit Ungarn schwierig gewesen seien, bitte er, keine Änderungen vorzunehmen.

Wien, 5. Juni. In Folge der Schwierigkeiten der parlamentarischen Behandlung der Zuckersteuervorlage muß die Session verlängert werden. Die Vorlage gelangt daher erst Ende nächster Woche ins Plenum. Ihre Annahme ist gesichert, da auch der größte Theil der Linken und die Jungerechten dafür stimmen werden.

Schweiz.

Zürich, 5. Juni. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, ist der in Zürich lebende, als Vertrauensmann des Königs Mexiko bekannte Ingenieur Sig. der in den letzten Wochen sich wiederholt in Rom aufhielt, gestern Abend hier zurückgekehrt. Sig. werde, wie genanntes Blatt wissen will, nächste Woche auf dem kürzesten Wege zu Mexiko reisen mit einem Präliminarvertrag, welcher bestimmt, daß Italien auf den Vertrag von Ucciali, auf das Protokoll und auf die Bedingung verzichte, daß Mexiko unter kein anderes Protokoll treten dürfe. Als Gegenwerbe der Mexikaner festgelegt. Sig. glaubt, von Mexiko die Freigabe der Gefangenen erlangen zu können, aber erst nach dem endgültigen Friedensschluß; darum sei auch von einem Verzicht in dem Vertrage nicht die Rede. Italien verpflichtet sich überdies, dem Regus die Verpflegung und den Transport der Gefangenen zu vergüten. Sig. würde über Ost reisen und hofft, in fünf Wochen mit Mexiko in Entschlo zu kommen zu treffen.

Italien.

Rom, 5. Juni. Deputirtenkammer. Gegen Schluß der heutigen Sitzung erklärte der Schatzminister Colombo in Beantwortung einer Interpellation Nizzetti, daß die Lage der Bank von Italien sich stetig verbessere. Nizzetti erklärte sich durch diese Antwort für befriedigt und fügte hinzu, daß er, gerade um diese Erklärung zu veranlassen, welche die Manöver der Bankiers durchkreuzte, die Anfrage an die Regierung gerichtet habe.

England.

London, 5. Juni. Unterhaus. Labouchere beantragt die Beratung des Hauses, um eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für die Öffentlichkeit zu besprechen; die Regierung habe

nämlich dem Hause mit Italien und mit Lord Cromer geführte Korrespondenzen vorenthalten betreffend Angelegenheiten, die mit den militärischen Operationen in Ostafrika zusammenhängen. Die Antworten der Regierung seien bald und unbestimmt. Dem Hause sei gesagt worden, daß der Zweck der Expedition der Schutz vor Angriffen der Dervische sei und dieselbe gleichzeitig als eine Diversion zu Gunsten der Italiener in Afrika diene. Seitdem seien vier italienische Grünbücher erschienen. Crispi habe als Ministerpräsident ein Grünbuch abgegeben, das zurzeit gestohlene Depeschen enthielt. Di Mubini habe seitdem ein zweites Grünbuch veröffentlicht. Es sei unrichtig, daß dem italienischen Parlament Depeschen mitgetheilt wurden, welche man dem britischen Parlament vorgelesen verweigert habe. Er wünscht zu wissen, ob Lord Cromer die Expedition empfohlen habe oder nicht, und ob der Regierung bekannt sei, daß der deutsche Kaiser, um den Dreißigsten zu erhalten, den Wunsch ausgedrückt hätte, daß England Italien zu Hilfe kommen solle. Ferner wünsch er die Vorlegung der Depeschen, welche zeigen, was bei einer Besprechung zwischen dem Premierminister Lord Salisbury und italienischen Botschafter General Ferrero und einer solchen zwischen dem britischen Botschafter in Rom und dem italienischen Minister des Aeußeren geschehen sei. Der Parlaments-Untersekretär des Aeußeren, Curzon, erwiderte hierauf, er habe keine Mittheilung von Labouchere's Abicht, einen Beratungsantrag zu stellen, er wolle sich daher auf eine Beantwortung der angeregten Punkte beschränken. Die hauptsächlichste Frage des Vordrängers sei, daß das Haus nicht in den Besitz gewisser, zwischen der britischen und der italienischen Regierung, sowie zwischen der britischen und Lord Cromer gewechselter Schriftstücke gesetzt worden sei. Die von Labouchere aufgestellte Doktrin sei nicht allein neu, sondern, wenn sie Annahme fände, würde sie zu sehr unangenehmen Folgen führen. Vor nicht drei Monaten habe die Regierung betreffs gewisser militärischer Operationen im Mittelbale Beschluß gefaßt. Die Operationen seien noch im Gange; sie hätten einen Schriftwechsel mit mehr als einer europäischen Macht mit sich gebracht und doch verlange Labouchere, daß diese Korrespondenzen Tag für Tag veröffentlicht werden sollen. Der Meinungsaustausch zwischen Salisbury und der italienischen Regierung sei übrigens meist auf unbilligen Wege durch den italienischen Botschafter geführt worden; er glaube, daß in dem italienischen Grünbuch nur eine Salisbury'sche Depesche enthalten sei. Was Labouchere's Verlangen nach Vorlegung der Mittheilungen Lord Salisbury's an die italienische Regierung und den italienischen Botschafter angehe, so nehme Labouchere die Grenz von Schriftstücken an, welche Thatsächlich nicht existiren und was die wirklich erfolgten Mittheilungen betreffe, so lehne es das Auswärtige Amt durchaus ab, dieselben dem Hause vorzulegen. Bezüglich des Briefes an das Mangacha führte Curzon aus, die Thatsache, daß zwei Fassungen dieser Depesche aufgefunden seien, lege nicht die Verpflichtung auf, den Sachverhalt zu erklären. Was die Depeschen des italienischen Botschafters an die italienische Regierung betreffend die ihm von Lord Salisbury gemachten Mittheilungen anlangt, so scheinen diese Depeschen hauptsächlich aus Aemterungen zu bestehen, die seitens des Botschafters an den Vortant dieser Mittheilungen geknüpft worden und die britische Regierung sei nicht verantwortlich für die Mittheilungen des italienischen Botschafters an seine Regierung. Die britische Regierung habe im Interesse der Sicherheit Egiptens einen gewissen Schritt unternehmen und dieser Schritt habe noch einen besonderen Vortheil dadurch, daß er zu einem Zeitpunkt geschehe, wo Italien in Afrika hart bedrängt sei. An diesem Zusammenreffen sei nichts Außerordentliches.

Sir W. Harcourt erhob gegen die Verweigerung der Mittheilungen an das Haus Einspruch. Die Korrespondenz mit Italien habe zu militärischen Operationen geführt und es sei nicht in Abrede gestellt worden, daß der italienische Minister des Aeußeren als Ergebnis des am 10. März gehaltenen Kabinettsrathes feststelle, daß ein Vormarsch nach dem Sudan im Interesse Italiens erfolgen werde. Lord Cromer habe den Vormarsch zu dem Zwecke, um Kaffala zu unterstützen, gebilligt. Von der Nothwendigkeit, eine neue Grenze Egiptens zu bilden, sei kein Wort gesagt worden. Die veröffentlichten Mittheilungen führten zu der Annahme, daß der Vormarsch durch die Lage der Italiener hervorgerufen oder veranlaßt worden und daß alles Gerüde wegen der Grenze nachträgliche Gedanken darstelle. Wenn die Regierung sich wegen nichts zu scheuen habe, warum sollte sie Auskunft verweigern? Wie könne es der Regierung scheiden, das Haus wissen zu lassen, was zwischen ihr und den Regierungen von Italien, Frankreich und Deutschland vorgegangen sei? Das Land sei nach der Auskunft begierig und über die möglichen Folgen der Expedition beunruhigt. Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, erwiderte alsdann, es sei durchaus unmöglich und unkorrekt, und Harcourt habe sich im Irrthum befinden, wenn er andeutete, daß der Regierung eine große Menge diplomatischer Korrespondenzen mit den ausländischen Regierungen zur Verfügung stehe, welche die Gründe der Expedition erklären würden. Ein Schriftwechsel mit fremden Ländern, welcher zu kriegerischen Operationen führe, könne nicht vorgelegt werden, weil ein solcher nicht existire. Ohne Zweifel habe ein Schriftwechsel mit einer fremden Regierung über militärische Operationen in London stattgefunden; jedoch nach dem Beschluß, einen Vormarsch in der Richtung nach Dongola zu unternehmen, sei eine Korrespondenz mit Italien erfolgt, welche den Gegenstand eines Blaubesches bilden werde. Was die Lage der Italiener anbetreffe, so scheine Harcourt beständig nach den kleinen Beweiszeichen zu haben, die nach seiner Meinung darthäten, daß die Expedition keine Beziehungen zu den egyptischen Interessen hätte, sondern allein auf der Erwägung der europäischen Interessen im Allgemeinen und der italienischen Interessen im Besonderen beruhte. Das sei nicht der Fall. Die englische Regierung habe mit den offenkundigen Worten erklärt, daß die Schlacht von Adua und die Belagerung Kaffalas Umstände waren, welche bei ihrem Beschluß bezüglich des Zeitpunktes der Expedition etwas in die Waagschale fielen. Sie habe klar mitgetheilt, daß die gewählte Art und Weise des Vormarsches im italienischen Interesse

erfolge, wie auch andererseits, daß nach ihrer Meinung der Vormarsch nach Dongola durch die egyptischen Interessen allein gefordert sei, und daß, wenn man in diesem Theile Afrikas niemals von den Italienern gehört hätte, der Vormarsch früher oder später hätte unternommen werden müssen.

London, 5. Juni. Wie die „Pall Mall Gazette“ erzählt, sind die Führer der Reformistenpartei zu Pretoria auf ihr Ehrenwort freigelassen worden. In Pretoria verlanet gerichtlich, daß ihnen eine Geldbuße von je 10 000 Pfund Sterling auferlegt werden solle.

London, 5. Juni. Nach einer Shanghaier Drahtmeldung lebt der schwer verletzte deutsche Instruktionsoffizier Krause noch; viele von den anderen deutschen Offizieren verließen Nanjing. Für die brutale Ausschreitung wird Genußthum und Schadenersatz von deutscher Seite verlangt werden. Der Bisthümlich drückte bereits sein tiefstes Bedauern aus. Der Angriff auf die Offiziere soll angeblich im Zusammenhang mit dem Plan, die chinesische Armee unter russische Instruktion und Aufsicht zu stellen, stehen.

Nusland.

Einen sehr traurigen Abschluß fand die Feier der Jarentkronung auch in Muskat. Im Gouvernementsgarten, in welchem ein Volksfest stattfand, wurde gegen elf Uhr Abends das Gebäude der Elisabethbrücke durch den Andrang des Volkes zerbrochen, wobei eine große Menge in den Fluß fiel; zahlreiche Menschenleben sind zu beklagen. Große Unordnungen sind am 26. und 27. Mai in Petersburg auf dem Newski-Prospekt während der Illumination vorgekommen. Gegen zehn Uhr Abends tauchten halbblühige Jünglinge auf, die den Passanten unter Hochrufen die Hüfte nach Kopf rissen. Ihnen folgte eine Motte Betrunkenen, welche den Newski-Prospekt versperrte und die Spaziergänger mißhandelte! Gegen elf Uhr fing einer von der Motte mit einem Hausknecht Streit an; dem Straßenlärm schloffen sich bald noch Andere an, und der Hausknecht wurde mit seinen Gehilfen in den Thorweg zurückgedrängt. Es gelang, das Thor zu schließen; aber die Menge verlangte die Auslieferung des Hausknechtes, zertrümmerte das Thor und stürzte in den Hof. Es erschien nun der Pristaw mit seinen Gehilfen und zwölf Hausknechten, um die Ruhe herzustellen; aber alle Maßregeln erwiesen sich als zu schwach. Die Motte stieß die Polizei zurück, während die Anhänger nun einzelne Angriffe auf die Chargen der Polizei auszuüben begannen, die schließlich in einen dichten Steinwurf übergingen. Als erstes Opfer stürzte der Pristaw beinaheungslos hin. Es gelang, ihn blutüberströmt in eine Privatwohnung zu bringen. Unterdessen hatte die Menge das Pfaster aufgerissen und fing an, durch Steinwürfe die Fensterheben der zunächst liegenden Häuser einzuwerfen. Erst nach Dazwischentreten des Stadthauptmanns Generalmajors Kleigels und einer von ihm beordneten Kosakenabtheilung gelang es, die weiteren Exzesse zu unterbinden. Dieselben Scenen wiederholten sich am folgenden Abend. Nur dank der „Zurückhaltung“ der von betrunkenen Handwerkern und Fabrikarbeitern beschäftigten friedlichen Einwohner wurden diesmal weitere Konflikte vermieden.

Afrika.

Dem „Bureau Neuter“ wird aus Brak an der Nigermündung gemeldet: Die auf dem Wege in die Quellgebiete des Niger begriffene französische Expedition unter dem Lieutenant Salage ist im Lande Borgu vollständig geschlagen worden. Drei Europäer und viele eingeborene Soldaten sind durch vergiftete Pfeile getödtet worden. Der Rest der Expedition kam am 12. Mai in Kama an. Die Niger-Kompagnie hat von Ghalibo aus Hüfte gefaßt.

Stettin, 5. Juni. Das Hauptquartier der Expedition ist hier, vier Meilen nördlich von Malisch, aufgeschlagen worden; die Truppen rücken jetzt gegen Malisch vor, indem sie mit Belagerung verfehene Posten hinter sich lassen.

Stettin, 5. Juni. Osman Digma scheint westlich vom Atbarafluß zu stehen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Juni. Wir wollen nicht unterlassen, auf die am Montag Abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Konzerthauses stattfindende Vorwahl der Arbeitgeber-Beisitzer zur Gewerbegerichtsversammlung auch an dieser Stelle besonders hinzuweisen und die Interessenten im Hinblick auf die Wichtigkeit der Wahl zum zahlreichen Besuche aufzufordern. Wahlberechtigt sind alle Handwerker, welche mindestens eine männliche oder weibliche Hilfskraft beschäftigen und einer Innung mit Schiedsgerichtsamt angehören, sowie alle Kaufleute und Gewerbetreibende, welche mindestens einen Arbeiter beschäftigen. Alle diese Arbeitgeber werden hiermit eingeladen.

Unter den Barbier- und Friseur-Gehilfen herrscht eine starke Strömung für den Achtung-Laden-schluß. In einer Reihe von Versammlungen, die namentlich in großen Städten abgehalten wurden, fand eine Resolution Annahme, welche den Geschäfts-schluß um 8 Uhr auch für das Barbiergewerbe forbert.

Mit Genehmigung des Provinzialraths ist der Stettiner Wollmarkt vom 16. Juni d. J. auf Sonnabend, den 13. desselben Monats, verlegt worden.

Der Aufsichtsrath der Altamann-Kolberger Eisenbahn hat beschlossen, den Aktionären in der am 30. d. M. stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 4 1/2 Prozent in Vorschlag zu bringen.

Interessenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß der nächste Kursus zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern an der Lehrschmiede zu Charlottenburg Montag, den 29. Juni 1896, beginnt. Anmeldungen zu demselben nimmt der Direktor der Lehrschmiede zu Charlottenburg, Ober-Vogelzang a. D. Brand zu Charlottenburg, Spreestraße Nr. 42, entgegen.

Seit dem 25. Mai Nachmittags hat sich der Füßler Friedrich Fischer der 12. Kompanie Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2 aus hiesiger Garnison entfernt und ist deshalb wegen Desertion ein Steckbrief gegen denselben erlassen.

Die Ankunft der „Institution of Naval Architects“, einer hervorragenden Vereinigung englischer Schiffbau-Ingenieure, findet hier selbst am Montag, den 15. d. M. statt, die Gäste werden am Bahnhof von Vertretern des „Balkan“ empfangen und begeben sich direkt nach Bredow zur Besichtigung der Werften.

Das Konzert, welches am Montag der Gesang-Verein der Stettiner Handwerker-Vereinigung in Gemeinschaft mit der Kapelle des hiesigen Artillerie-Regiments veranstaltet, verspricht einen hohen musikalischen Genuß, denn das Programm ist auf das sorgfältigste ausgewählt. Der Sängerkorps tritt zum ersten Male unter Leitung seines neuen Dirigenten Herrn Lehrer P. Seeger an die Öffentlichkeit und dürfte seinen bewährten Ruf aufs neue befestigen, außer einer Anzahl zum Theil neuer Chöre gelangt mit Militärmusik-Begleitung der Männerchor von Zebitz „Gott schirm Dich deutsches Vaterland“ zum Vortrag. Für den instrumental Theil hat Herr Kapellmeister J. Unger gleichfalls eine sehr interessante Auswahl getroffen, auch einige Kompositionen für historische Horntrumpeten werden geboten.

In Rob's Garten konzertirt heute und die nächsten Tage neben der Damenkapelle „Lohengrin“ die Instrumental-Virtuosin Mad. Pascal. Vertikläch findet von 4-6 Uhr Nachmittags Freikonzert statt.

Das Programm des Concordia-Theaters bietet gegenwärtig wieder unterhaltende Abwechslung, ein tüchtiger Schachturnierist Herr Frankin, eine auffallende Kraft entwickelt derselbe bei der Armwelle, welche er am Schluß gegen 200 Mal hintereinander ausführt, auch als Barforce-Gaulist in Verein mit M. Hoffe bietet er sehr beachtenswerthe Trios. Ueberaus drastisch wirkt die Vorführung der dreifachen Schweine des Mr. Morin, wobei ein possidierlicher kleiner Affe assistirt. Im komischen Theil des Programms zeichnet sich besonders der Humorist Herr Weiß und die Verwandlungssoubrette Fr. Anders aus. Die Vorstellungen finden in dem großen Sommergarten statt.

Der auf dem Neubau an der Ecke der Kaiser-Wilhelmstraße und des Kaiser-Wilhelmplatzes beschäftigte Arbeiter Albert Schulz verunglückte heute Vormittag durch Sturz vom Gerüst und erlitt erhebliche innere Verletzungen, so daß er in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte.

Für Lieferung der zum Bau des Lokomotivschuppens, des Maschinen- und Kesselhauses der neuen Gasanlagen erforderlichen Granitsteine ist der Firma C. F. Lehmann in Stregan auf ein Angebot in Höhe von 111,70 Mark der Zuschlag seitens der Tiefbaudeputation erteilt worden.

In einer am Paradeplatz belegenen Klempnerwerkstatt ereignete sich gestern Nachmittag ein merkwürdiger Unfall. Zwei Gesellen erprobten während der Besperpause ihre Kräfte im Ringen, wobei der eine, Richard Karow mit Namen, so unglücklich zur Erde fiel, daß er sich einen Rippenbruch zuzog.

Bei der in den Pfingstferien in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des Vereins preussischer technischer Lehrerinnen hielt Frau Dr. Stobbe aus Königsberg einen Vortrag über: „Zurzeitige Vorbildung der Handarbeitslehrerinnen und Vorschläge für einen einheitlichen Lehrplan bei der Ausbildung für das Handarbeitslehrerinnenexamen.“ Sie legte dem Vortrage folgende Theile zu Grunde: 1. Die Einheit in der Ausbildung aller Handarbeitslehrerinnen im Staate ist ein dringendes Bedürfnis. 2. Ein allgemeines gültiger Lehrplan mit bestimmter Abgrenzung des Wissensstoffes sowohl für die Fach- als auch für die allgemeine Bildung der Handarbeitslehrerinnen ist nothwendig. 3. Jede in eine Vorbereitungsanstalt eintretende Bewerberin hat eine bestimmte Vorbildung nachzuweisen. 4. Die Vorbereitung der Handarbeitslehrerinnen darf nur solchen Kräften gestattet sein, die sich auf dem Gebiete in Schulen bewährt haben. 5. Die Prüfung der Handarbeitslehrerinnen wird von einem königlichen Kommissar geleitet und überwacht. 6. In städtischen Schulen dürfen nur geprüfte Handarbeitslehrerinnen den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten erteilen. 7. Der Handarbeitsunterricht in den Schulen muß wie der wissenschaftliche unter fachlicher Aufsicht stehen. 8. Die Besoldung der Handarbeitslehrerinnen an öffentlichen Schulen ist durch den ganzen Staat einheitlich zu regeln. 9. In allen städtischen und mehrklassigen Mädchenschulen soll Handarbeitslehrerinnen mit Pensionberechtigung fest angestellt werden.

Einer auf dem vorjährigen Stolztag in Hannover gegebenen Anregung folgend, beabsichtigt der neubegründete Stettiner Stenographenverein „Stolz“ von 1896 einen Versuch mit der Einbürgerung des unentgeltlichen brieflichen Stenographieunterrichts zu machen. Der mündliche Unterricht soll dadurch keinesfalls verdrängt werden, vielmehr sollen nur diejenigen, welche nicht in der Lage sind, an einem öffentlichen Kursus theilzunehmen, mehr als bisher Gelegenheit erhalten, sich die mühselige Fertigkeit der Kurzschrift nach einem leicht erlernbaren und in der Praxis bewährten System anzueignen. Nähere Auskunft über die Bedingungen des brieflichen Unterrichts wird durch Herrn M. Buchterfisch, Stettin, Klosterhof 4, bereitwillig erteilt.

Im Falle der Weigerung von Kandidaten des höheren Schulamts, einer Einberufung zu einer kommissarischen Beschäftigung durch das Provinzial-Schulcollegium Folge zu leisten, galt bisher die Vorschrift, daß in der Regel eine fernere Einberufung zu einer derartigen Beschäftigung erst wieder auf Antrag des Kandidaten eintreten solle. Die in solchen Fällen nicht selten hervorgerufenen Unzufriedenheiten haben nunmehr den Kultusminister veranlaßt, zu bestimmen, daß bezüglich der Ablehnung einer von Provinzial-Schulcollegium angebotenen, nicht unter drei Monaten dauernden kommissarischen Beschäftigung, mit der eine Remuneration von mindestens 125 Mark monatlich verbunden ist, in Zukunft die gleiche Maßregel Platz greifen soll, die bei Ablehnung einer definitiven Anstellung androht ist. Danach wird der betreffende Kandidat durch Beschluß des Provinzial-Schulcollegiums in seiner Anciennität um ein halbes Jahr zurückgesetzt; im Wiederholungsfall kann er mit Genehmigung des

Soche, nach Mr les Bains.